

SCHLESWIG backbord

SOZIALDEMOKRATISCHE BÜRGERZEITUNG FÜR SCHLESWIG - GEGR. 1976

Geht Schleswig baden? Von Thermen, Schwimmhallen und Millionen.



■ Geht Schleswigs Haushalt in Therme baden?

von Klaus Nielsky

Nun ist die Katze aus dem Sack und erweist sich gleich als dicker Hund! Seit August 2005 wird über den Bau einer Therme in Schleswig diskutiert. Eine Machbarkeitsstudie trägt das Datum vom 6.5.2006. Wir erinnern uns an Schlagzeilen wie: „CDU macht Druck: Therme auf der Freiheit soll gebaut werden“ (SN vom 2.12.2006); „Team Vivendi zur Kritik: Ohne Therme stoppen wir das Kasernenprojekt“ (SN vom 15.12.2006); „CDU-Fraktion wehrt sich gegen ‚unseriöse Panikmache der SPD‘“ (SN vom 28.12.2006); „SSW befürwortet Schleswiger Therme“ (Flensburg Avis 22.3.2007); „Vereine gegen Abriss der Schwimmhalle“ (SN vom 23.3.2007) usw. usw. ...

SPD gegen städtische Trägerschaft.

Ende März 2007 beschloss der Bauausschuss der Stadt mit der Mehrheit von CDU und SSW gegen die Stimmen der SPD unter der Voraussetzung, dass die Therme eine öffentliche Förderung erhält, im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft die städtische Trägerschaft für dieses Projekt zu übernehmen, den Betrieb des Hallenbades an der Friedrich-Ebert-Straße einzustellen und unabhängig von der Höhe der öffentlichen Förderung nicht mehr als **500.000 € pro Jahr als Nutzungsentgelt** durch die Stadt zu übernehmen. Am 23.4.2007 hat sich die Ratsversammlung trotz des Protestes zahlreicher Bürgerinnen

und Bürger, die zwischenzeitlich Unterschriften gesammelt hatten, gegen die Stimmen der SPD der Empfehlung des Bauausschusses angeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war von Gesamtkosten für Therme und „angedocktes Schwimmbad“ (als Ersatz für das zu schließende Hallenbad) von **19 Mio. €** die Rede. CDU-Ratsherr Neubauer stellte in dieser Debatte die Frage: „Wie lange können wir uns das (gemeint war das Hallenbad und nicht die Therme) noch leisten?“



SPD setzte Bürgerbegehren durch.

Am 22.5.2007 wurden Bürgermeister Dahl über 4000 Unterschriften gegen die Schließung des Hallenbades überreicht. Aufgrund eines Formfehlers entstanden durch falsche Auskünfte der sachlich nicht zuständigen Stadtverwaltung (Man hätte einfach an das zuständige Innenministerium verweisen müssen) kam es jedoch trotz dieses Bürgerengagements nicht zu dem gewünschten Bürgerbegehren. Glücklicherweise hat zwischenzeitlich die Ratsversammlung mit allen Fraktionen auf Antrag der SPD beschlossen bzw. bestätigt, dass es auf Initiative der Stadt doch zu einem Bürgerbegehren kommen soll, falls es dabei bleiben sollte, dass die Schwimmhalle „Opfer“ der Therme wird.



Hat die Stadt die Schularbeiten gemacht?

Ende Mai 2007 hat der damalige Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) der Stadt eindeutige **weiter auf Seite 2**

In dieser Backbord lesen Sie:

Sanierung - jetzt!	Seite 2
Europawahl: Ulrike Rodust	Seite 2
Haushalt 2009: So nicht!	Seite 3
130 Jahre OV Schleswig	Seite 3
Infostand in der Ladenstraße	Seite 3
Bundestagswahl: Dr. Wolfgang Wodarg	Seite 4
Ralf Stegner: In Schleswig unterwegs	Seite 4
Birte Pauls: Gemeinsam für unsere Region	Seite 4
Impressum	Seite 4

Liebe Leserinnen, Liebe Leser,

■ Es ist vollbracht. Sie halten die 79. Ausgabe der „Schleswig-Backbord“ in Ihren Händen. Alles Neu. Neuer Jahrgang, neues Outfit und neue Redaktion. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, und mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Helge Lehmkuhl. Ich bin 36 Jahre alt. Ich bin Schleswiger. Und: ich bin Sozialdemokrat. Man könnte auch sagen ein Überzeugungstäter. Ich leite ab jetzt verantwortlich die Redaktion der „Backbord“ und ich hoffe, dass Ihnen diese Ausgabe gefällt, dass Sie anständig informiert werden, Dinge erfahren, die Sie noch nicht wussten und vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch mal schmunzeln. Wenn ja. Dann haben wir unseren Job gut gemacht. Wenn nicht, lassen Sie es uns wissen. Wir freuen uns immer über Ihre Anregungen, Ihre Kritik und auch über Ihr Lob. An dieser Stelle möchte ich der ehemaligen Backbord-Redaktion im Namen unserer Leserschaft, des Vorstandes der Schleswiger SPD, der SPD-Ratsfraktion und der neuen Redaktion einen herzlichen Dank sagen. Einen Dank für all Eure geleistete Arbeit. Toll gemacht. Und nun wünschen wir Ihnen viel Spaß beim lesen Ihrer „neuen“ Backbord. Ihre neue Backbord-Redaktion. **Ihr Helge Lehmkuhl**



Fortsetzung von Seite 1

„Schularbeiten“ aufgegeben. So muss die Stadt nachweisen, dass sie in der Lage ist, Eigenanteil und Folgekosten der Therme (unter Einschluss eines Szenarios des „schlimmsten Falles“) für die Zeit von 15 Jahren zu tragen. Dafür sei auch eine kommunal-aufsichtliche Stellungnahme durch den Innenminister des Landes notwendig. Weiter sei eine Überschneidung mit den Angeboten der Glücksburger Therme so weit wie möglich zu vermeiden bzw. Kooperationswege zu suchen. Abstimmungen seien auch mit der Gemeinde Damp bzw. der Damp Holding vorzunehmen. Landrat und Wirtschaftsministerium seien dabei zu beteiligen. Schließlich forderte der Wirtschaftsminister in seinem damaligen Erlass, die Vorlage von rechtsverbindlichen Zusicherungen bzw. Verträgen der Investoren für das geplante Hotel bzw. das Ferienhausgebiet. In Abhängigkeit von der Qualität der Zusicherungen/Verträge werde der Minister eine Förderentscheidung gegebenenfalls unter dem Vorbehalt der Realisierung dieser Projekte stellen. Inwieweit die vorstehend genannten „Schularbeiten“ seitens der Stadt zwischenzeitlich abgearbeitet worden sind, vermag die Redaktion nicht abschließend zu beurteilen. Skepsis halten wir allerdings für angebracht

Was sagen die Gutachter?

Wegen des knappen zur Verfügung stehenden Platzes ist es unmöglich den Ablauf der weiteren Thermen-Diskussion in Schleswig an dieser Stelle vollständig zu dokumentieren. In Erinnerung gerufen sei aber, dass Mitte 2007 weder die Spaßbadplanung in Flensburg noch das dramatische Abweichen der Besucherzahlen in Glücksburg und schon gar nicht das Schicksal der Keitum-Therme als Bauruine bekannt waren. Zugrunde lag damals aber eine Baukostenkalkulation von **14 Mio. €** für die Gesundheitstherme und bis zu **5 Mio. €** für das Sportbad. Die förderungsfähigen Kosten wurden mit **9,8 Mio. €** angenommen. Nunmehr war am 23.1. dieses Jahres in den Schleswiger Nachrichten nachzulesen, dass die Gesamtbelastung des Steuerzahlers zwischen **68,4** und **73,1 Mio. €** beträgt. Die jährlichen Kosten für die Stadt sollen nunmehr **1,34 Mio. €** betragen und liegen damit weit mehr als doppelt so hoch wie die **500.000 €** die die Ratsversammlung als Nutzungsentgelt durch die Stadt zu tragen bereit war. In derselben Ausgabe unserer Lokalzeitung fand sich ein Freitagsinterview mit dem neuen Vivendigesellschafter Renko Schmidt. Seine Äußerung: „**Therme ist durch nichts zu ersetzen**“ lässt sich nach den vorstehenden Fakten ganz anders interpretieren, als er sie wohl gemeint hat. .

Klaus Nielsky

EINLADUNG ZUR INFOVERANSTALTUNG

Thema: Therme und Hallenbad

25. Februar 2009

19.30 Uhr

im Hotel Strandhalle in Schleswig.

Referenten:

Wolfgang Schoofs und Peter Hopfe

Sanierung – Jetzt!

■ Endlich! Das lang erwartete Gutachten liegt auf dem Tisch. Die Schleswiger SPD-Fraktion hat sich dafür stark gemacht, dass neben der Machbarkeitsstudie (wir hatten kein Vertrauen zu der Studie) weiter gehende Gutachten eingeholt werden. Das war richtig und wichtig, denn das neue Gutachten führt zu einem weiteren Erkenntnisgewinn und ermöglicht so eine fundiertere Entscheidung.

Verdoppelung der Baukosten.

Die Baukosten sind mit über 30 Mio. € fast **doppelt** so hoch als ursprünglich angenommen. Zinsen, Tilgung und Verlustabdeckung würden zu einer jährlichen Belastung von über 1,3 Mio. € und damit zu einer Gesamtbelastung des Steuerzahlers von über **70 Mio. €** führen. Das können und das dürfen wir uns nicht leisten. Darüber hinaus gibt es weitere nicht abschätzbare Risiken, wie z.B. die Besucherzahlen, Preisentwicklungen und die Baukosten. Die Gutachter raten dringend, die in der Machbarkeitsstudie genannte Besucherzahl von 260.000 Besuchern pro Jahr kritisch zu überprüfen. Diese Besucherzahl wird nach wie vor als Grundlage für die Berechnungen verwendet. Nach Auffassung der Schleswiger SPD müssen die Investoren andere Partner finden. Als Stadt werden wir das nicht machen können und auch nicht machen dürfen. Allein schon deshalb nicht, weil wir gegenüber der Kommunalaufsicht des Landes niemals nachweisen können, dass die Stadt ein Defizit in dieser Höhe bewältigen kann. Dieser Nachweis ist aber Förderbedingung.



Wir möchten eine transparente und eine schnelle Entscheidung. Transparenz brauchen wir, damit die Schleswiger Bürgerinnen und Bürger sich selbst eine Meinung bilden können. Dazu muss das Gutachten aber öffentlich behandelt werden. Bei Redaktionsschluss war das Gutachten - auf Anweisung des Bürgermeisters - noch unter strengster Vertraulichkeit zu behandeln. Die SPD sieht hier aber keine so schützenswerten Interessen, die diese „strengste Vertraulichkeit“ erforderlich machen. Wir drängen auf öffentliche Behandlung.

Geheimniskrämerei.

Wir möchten eine transparente und eine schnelle Entscheidung. Transparenz brauchen wir, damit die Schleswiger Bürgerinnen und Bürger sich selbst eine Meinung bilden können. Dazu muss das Gutachten aber öffentlich behandelt werden. Bei Redaktionsschluss war das Gutachten - auf Anweisung des Bürgermeisters - noch unter strengster Vertraulichkeit zu behandeln. Die SPD sieht hier aber keine so schützenswerten Interessen, die diese „strengste Vertraulichkeit“ erforderlich machen. Wir drängen auf öffentliche Behandlung.

SPD steht zu unserer Schwimmhalle.

Weiterhin möchte die Schleswiger SPD, dass es nun zu einer schnellen

Entscheidung kommt. Eine lang anhaltende Diskussion könnte die Schleswigerinnen und Schleswiger in zwei Lager spalten, dieses muss vermieden werden. Außerdem wird nur eine schnelle Entscheidung dazu führen können, dass die notwendigen Investitionen in unsere Schwimmhalle nachgeholt werden können. Klar ist: Die Schleswiger SPD **setzt sich nach wie vor für den Erhalt unserer Schwimmhalle** ein. Durch das Gutachten fühlen wir uns in unserer Auffassung bestätigt. SD

**Ihre Kandidatin:
Ulrike Rodust, MdEP****Ihre Abgeordnete im Europäischen Parlament.**

Im September 2008 bin ich für den verstorbenen Willi Piecyk ins Europäische Parlament (EP) nachgerückt. Wie meine Kollegen aus der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament gehöre ich der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) an.

Anwältin für Schleswig-Holstein.

Als Abgeordnete aus Schleswig-Holstein verstehe ich mich darüber hinaus auch als Anwältin schleswig-holsteinischer Interessen in Brüssel und Straßburg. In diesem Zusammenhang stehe ich Verbänden, Vertretern der Landesregierung, der Kommission und interessierten Bürgern für Gespräche über alle Facetten europäischer Politik gerne zur Verfügung. Hinzu kommt eine bunte Vielfalt von Veranstaltungen in Schleswig-Holstein, um den Bürgerinnen und Bürgern Europa näher zu bringen. In Europa ist noch viel zu tun – aber auch noch viel zu erreichen. Daran möchte ich mit Ihrer Hilfe arbeiten. Für Ihre Fragen, Tipps und Anregungen bin ich deshalb dankbar. *Ihre Ulrike Rodust*

**INFOBOX- Europawahl am**

Mehr Informationen zu Ulrike Rodust und Ihrer Arbeit in Europa erhalten Sie unter:

www.ulrike-rodust.de

Haushalt 2009: So nicht!

Die SPD-Fraktion hat in der Sitzung der Ratsversammlung im Dezember 2008 dem Haushalt 2009 nicht zugestimmt.

Die Ausgangslage.

Die Finanzkrise hat die Stadt Schleswig mit diesem Haushalt endgültig eingeholt. Die Rücklagen sind aufgebraucht. Investitionen müssen fast ausschließlich über Kredite finanziert werden. Der Investitionsplan für die folgenden fünf Jahre bis 2012 zeigt das ganze Dilemma: Mit wenigen Ausnahmen, Neubau der Feuerwache z.B., werden nur noch schon begonnene Maßnahmen fortgeführt. Ein freier Finanzspielraum existiert nicht mehr.

Die Gründe.

Für diese Situation sind strukturelle Versäumnisse, wie eine inzwischen völlig unzeitgemäße Kommunalverfassung sowie die entsprechend veralteten Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen verantwortlich, die sich in einer wirtschaftlichen Abschwungphase verhängnisvoll auswirken.

Von Rücklagen und Steuern.

Die SPD-Fraktion ist immer der Auffassung gewesen, dass nicht nur die Ausgabenseite der Kommune, sondern auch die Einnahmeseite kritisch betrachtet werden muss. Die CDU hat jede Verbesserung der Einnahmeseite durch eine Erhöhung der Grundsteuer B abgelehnt. Das hat dazu geführt, dass die in den Jahren zuvor geforderte Erhöhung von 300 auf 330 v. H., also um 10%, nicht mehr ausreicht, sondern jetzt in einem Schlag auf 370 v. H. festgesetzt werden musste, also eine Steigerung um 23% notwendig war. Hätte die CDU ihre ideologisch motivierte Blockadehaltung rechtzeitig aufgegeben, dann wäre jetzt keine Erhöhung nötig gewesen, da die Rücklagen der Stadt nicht in einem derartigen Ausmaß geplündert worden wären.

INFOBOX- Berechnungsbeispiel Grundsteuer.

Beispiel: Sie wohnen in einem Reihnhaus mit einem Einheitswert von 10.000 €. Grundlage ist der Grundsteuermessbetrag. Dieser entspricht 3,1 Promille vom Einheitswert. Die Jahresgrundsteuer erhält man, indem man den Grundsteuermessbetrag mit dem Hebesatz multipliziert. Daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Bis dato:	
Einheitswert:	10.000,- €
Grundsteuermessbetrag:	31,- €
Hebesatz Grundsteuer B:	300 %
Jahresgrundsteuer:	93,- €

Nach der Erhöhung:	
Einheitswert:	10.000,- €
Grundsteuermessbetrag:	31,- €
Hebesatz Grundsteuer B:	370 %
Jahresgrundsteuer:	114,70 €
Mehrbelastung in diesem Beispiel: 21,70 € p.a.	

Klare Bedingungen für alle Zuschüsse - auch für den Stadtmanager.

Entscheidend für die Ablehnung des Haushaltes waren aber andere Gründe. Auch wir sind der Auffassung, dass ein sog. Stadtmanager ein hilfreiches Instrument sein kann. Wir glauben aber nicht, dass die Stadt einfach nur Geld zur Verfügung stellen sollte. Sie sollte ihre Leistung an Bedingungen knüpfen. Dazu gehören u.a. ein Stellenprofil welches die Organisation von Stadtfesten und der Bespielung der Königswiesen einschließt, eine transparente Stellenbesetzung nach vorheriger, Ausschreibung, sowie die Erstellung von Verwendungsnachweisen für die eingesetzten Mittel. Zudem sind wir der Ansicht, dass der Zuschuss zu den Personalkosten, die eine festzulegende Höhe nicht überschreiten sollten, prozentual begrenzt werden muss, z.B. mit 20% der gesamten Mittel. Der künftige Stadtmanager sollte unter der Erwartung arbeiten, durch seine Aktivitäten Einnahmen erzielen zu müssen. Die Ratsmehrheit hat sich mit dem entsprechenden Antrag der SPD nicht auseinandergesetzt, sondern ihn mit der Begründung abgelehnt, es handele sich um „unnötige Kröten“. Für den Stadtmanager soll also nicht gelten, was die Stadt jedem Verein, jeder sozialen Einrichtung abverlangt.

Veranstaltungsmanagement ist keine öffentliche Aufgabe.

Die SPD ist nicht bereit, 150.000€ jährlich für einen städtischen Veranstaltungsmanager, bereitzustellen. Eine Förderung von Privatveranstaltungen darf es nicht geben. Bei der dramatischen finanziellen Lage darf die Stadt in Zukunft keine Veranstaltungen mehr bezuschussen, mit denen anderen Orts Geld verdient wird. Ein Veranstaltungsmanagement ist keine öffentliche Aufgabe., Die Stadt kann einzelne Veranstaltungen aus übergeordneten, also bspw. sozialen oder kulturellen Gründen fördern. KB / HL

130 Jahre SPD - Ortsverein Schleswig.

Am 12. Dezember 2008 beging der SPD Ortsverein Schleswig sein 130-jähriges Jubiläum. Im Rahmen einer weihnachtlichen Jubiläumsfeier konnte die Ortsvereinsvorsitzende Birte Pauls viele Gäste aus Schleswig und den benachbarten Ortsvereinen im Hotel Strandhalle begrüßen. Besonders erfreute der Besuch des Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD, Dr. Ralf Stegner, der als Gastredner gekommen war.

Erfolgreiches Jahr.

Bei Kaffee und Kuchen eröffnete Birte Pauls die Feier mit Ihrer Begrüßungsrede. Beginnend mit einem kurzen Schwenk durch die Geschichte des Ortsvereins, konnte Birte Pauls erfreut feststellen, dass der OV Schleswig im Jahre 2008 exakt 14 neue

Mitglieder begrüßen konnte und bei der Kommunalwahl 2008 ein gutes Ergebnis entgegen dem Landestrend verzeichnete, schließlich fehlten lediglich 68 Stimmen, um die stärkste Fraktion in der Schleswiger Ratsversammlung zu stellen. Lobend erwähnte Sie auch die ausgezeichnete Arbeit der Schleswiger Ratsfraktion.

Ausblicke von Ralf Stegner.

In seiner darauf folgenden Gastrede ging Ralf Stegner auf die wechselvolle Geschichte der SPD und die vielen Errungenschaften sozialdemokratischer Politik in den vergangenen Jahrzehnten ein. Auch die Leiden und Gräuelt der NS-Zeit wurde thematisiert. Abschließend betonte Stegner die Kraft der SPD und schloss seine überzeugende Rede mit positiven und kämpferischen Ausblicken für die Wahljahre 2009 und 2010.

Rückblick mal anders.

Im Anschluss führte Christian Conrad im Stile einer Fernseh-Quizsendung auf unterhaltsame Art durch 130 Jahre Geschichte des Ortsvereins Schleswig. Bewusst wurde auf eine Laudatio verzichtet. Gespickt mit einer Prise Selbstironie, wurde mit viel Spaß auf die bewegten Zeiten zurückgeblickt. HL

Infostand in der Ladenstraße.

Ist Ihnen auch der rote Schirm in der Ladenstrasse aufgefallen?

Nah an den Bürgern.

Seit August vergangenen Jahres bietet der Ortsverein der Schleswiger SPD in



Infostand im Oktober 2008

monatlicher Folge an Samstagen einen Stand in der Ladenstrasse an. Abseits von den sonst üblichen Info Ständen zu Wahlkampfzeiten, soll Ihnen und allen anderen Interessierten die Möglich-

keit gegeben werden, mit der SPD und aktiven Kommunalpolitikern direkt vor Ort in Kontakt zu treten. Die Initiatoren Uwe Schröder und Helge Lehmkuhl, beide Vorstandsmitglieder der Schleswiger SPD, legen besonderen Wert auf die Feststellung, dass all Ihre Fragen, Anregungen, Wünsche und natürlich auch Ihre Kritik jederzeit willkommen sind.

Wir freuen uns auf Sie.

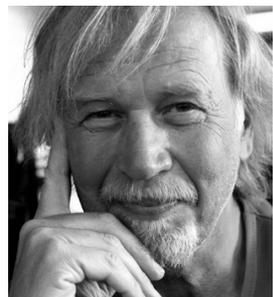
Schauen Sie bei einem Ihrer nächsten samstäglichem Stadtbummel doch einfach mal unverbindlich auf einen Klönschnack vorbei. HL / US

Ihr Kandidat: Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

■ Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit klarem Votum der SPD-Basis wurde ich erneut für unsere Region als Bundestagskandidat ins Rennen geschickt. Ich möchte erste Wahl bleiben, für alle Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises, also für Sie!

Fachmann für Gesundheitspolitik

Als Fachmann in der Gesundheitspolitik kämpfe ich weiter um eine solidarische



Krankenversorgung. Meine Erfahrung und Verantwortung gegründete Haltung habe ich gegen Lobbyisten und trotz großen Drucks vertreten. Ethische Fragen

rund um Lebensanfang und Lebensende, Sorge und Pflege, Bio- und Gentechnik, Schutz vor Umweltkrisen sind weitere Themen, mit denen ich mich in meiner politischen Arbeit beschäftige.

Lobbyist für unsere Region

Arbeitslosigkeit, Leiharbeit und Billiglohn auch bei uns im Norden treiben mich als Gewerkschafter und Sozialdemokrat um. Die Menschen in unserer stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Region brauchen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt! Immer wenn es um Arbeitsplätze geht, bin ich Lobbyist für unsere Region! Ich kämpfe für die Förderung der alternativen Energien, für eine gesunde Umwelt und für die Stärkung des Tourismus, der Infrastruktur und der mittelständischen Wirtschaft bei uns hier im Norden. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, lernen Sie Ihren Abgeordneten kennen! Besuchen Sie meine Website, holen Sie mich zu Ihren Veranstaltungen, in Ihre Schule, an Ihren Arbeitsplatz. Schreiben Sie mir Ihre Sorgen, Ihren Ärger, Ihre Wünsche! Ich möchte für Sie da sein! Ich freue mich auf Sie!

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

INFOBOX-Bundestagswahl am 27.09.09
Mehr Informationen zu Ihrem Kandidaten erhalten Sie im Internet unter:
www.wodarg.de

Ralf Stegner: In Schleswig unterwegs

■ Am 22. Januar war der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner in Schleswig unterwegs.

Hausbesuche

Recht erstaunt, aber sehr positiv reagierten Bewohner in der Heinrich-Philippson-Straße und der Richthofenstraße, als zwischen

17:00 und 19:00 Uhr Dr. Ralf Stegner an der Haustür klingelte. Obwohl der Besuch am Vortag durch Wurfzettel angekündigt wurde,



Frau Mehling und Ralf Stegner

hatten viele Anwohner gemeint, dass es sich hierbei um einen Scherz handeln müsse. Es war schwer vorstellbar, dass ein sonst nur aus den Medien bekannter Politiker bei einem Grad Celsius und Nieselregen von Tür zu Tür geht, um Gespräche zu führen. Unter anderem fragte Dr. Ralf Stegner nach Wünschen an die Politik, die er mit nach Kiel nehmen wolle. US / BP

Lernen vom Pflegepersonal

Im Anschluss an diese Besuche hatten Ralf Stegner und Birte Pauls, Ortsvereinsvorsitzende und Mitglied des SPD Landesvorstandes, Menschen die in den verschiedenen Bereichen der medizinischen Versorgung tätig sind zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Dabei, so betonte Pauls in ihrer Begrüßung, ging es nicht darum, hier die reine sozialdemokratische Lehre zu verkünden, sondern zu hören, welche Auswirkungen die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen auf den Pflegealltag haben. Die Anwesenden berichteten über viele Überstunden, die oft in der überbordenden Verwaltungsarbeit begründet sind. Viel zu viel Bürokratie verhindere eine kurzfristige Hilfe.

Pflegestufen gehen an Realität vorbei

Einhellig war man der Meinung, dass die Pflegestufen in ihrer augenblicklichen Form ebenfalls nicht den Bedürfnissen der Hilfebedürftigen entsprechen. Nachfragen wie einmal wöchentliche Hilfe beim Baden oder Haushaltshilfen, für viele besonders ältere Menschen der Anfang eines Hilfebedarfes, werden nicht von der Pflegeversicherung abgedeckt und fördern somit einen blühenden Schwarzmarkt und verhindern auch eine fachkompetente Begleitung, fügte Pauls an. Kleine familiäre Heime, eigentlich dem Wunsch der älteren Menschen entsprechend, sind auf Grund der vielen Regeln kaum noch tragbar, wie eine Betroffene berichtet. "Der Staat hat es mir vermiesen, den älteren Menschen ein neues Zuhause in heimischer Atmosphäre zu bieten" Sie befürchtet eine Standardisierung der Heime.

Weitere Veranstaltungen folgen

Insgesamt fehlt der Pflege die Lobby. Stegner war angesichts der vielen negativen Berichte sehr betroffen. "Ich habe viel gelernt heute Abend". Beide kündigten weitere Veranstaltungen zu diesem Thema an.

BP / US

Birte Pauls: Gemeinsam für unsere Region

■ Unter diesem Motto steht die Bewerbung der Schleswiger Ortsvereinsvorsitzenden Birte Pauls für die Direktkandidatur im Landtagswahlkreis 7. Der Vorstand der Schleswiger SPD freut sich sehr über dieses Engagement und unterstützt Birte Pauls bei Ihrer Kandidatur. Wir möchten Ihnen Birte Pauls hier etwas näher vorstellen.

Schwerpunkt: Soziale Gerechtigkeit

Ihre politischen Schwerpunkte resultieren aus Ihrer beruflichen Tätigkeit. Auf Grundlage

Ihrer 20 jährigen Tätigkeit als Krankenschwester in den verschiedensten Bereichen liegen ihr die Lebenssituationen der älteren



Generation, die Versorgung unserer pflege- und hilfsbedürftigen Menschen, aber auch die Rahmen- und Arbeitsbedingungen für alle in diesem Bereich Beschäftigten besonders am Herzen. Auch die gute Nachbarschaft zu Dänemark und die daraus resultierenden Angebote und Möglichkeiten, leiten Birte Pauls in ihrem politischen Wirken.

Ein würdevolles Leben für jede Generation, ein respektvoller Umgang mit den Problemen des Einzelnen, Chancengleichheit von Klein auf an und soziale Gerechtigkeit sind Leitfäden Ihres politischen Handelns.

Reichhaltige Erfahrung

Langjährige vielfältige Tätigkeiten und Erfahrungen zeichnen Birte Pauls aus. So ist sie Ihnen bestimmt als Ratsfrau in der Schleswiger Ratsversammlung bekannt. Darüber hinaus konnte Birte Pauls als Vorsitzende des Ortsvereins Schleswig, als stellvertretende Kreisvorsitzende und als Mitglied des Landesvorstandes der schleswig-holsteinischen SPD vielfältige Erfahrungen sammeln von denen unsere Region nachhaltig profitieren kann. HL

Impressum:

SCHLESWIG
backbord

Herausgeber:

SPD-Schleswig - Königstr. 4 - 24837 Schleswig
 Fon: 04621 / 2 96 23 Fax: 04621 / 2 93 45
 M@il: backbord@spd-schleswig.de

V.i.S.d.P.: Helge Lehmkuhl

Redaktion: Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes und der Schleswiger Ratsfraktion.

Layout: Helge Lehmkuhl

Auflage: 12.000 Stück

Druck: Sterndruck Schleswig

Schleswig Backbord wird kostenlos an alle Schleswiger Haushalte verteilt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.